

## Pressemitteilung 13/2024

Halle (Saale), den 23.04.2024

### Chinesische Massenimporte stärken extreme Parteien

Die Globalisierung hat den politischen Rändern in Europa Stimmenzuwächse beschert. Eine Studie des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) belegt erstmals Langzeitfolgen gestiegener chinesischer Importe in europäische Länder: Vor allem rechtsextreme und populistische Parteien konnten in nationalen Wahlen vom so genannten China-Schock profitieren.

Die stark erhöhte Einfuhr chinesischer Waren in den Jahren von 2000 bis 2007 hat in Europa den wirtschaftlichen Wettbewerb verschärft und sich auf unterschiedliche Arten in Wahlergebnissen niedergeschlagen. Kurzfristig profitierten links-extreme Parteien, zu denen Politikwissenschaftler beispielsweise Die Linke in Deutschland oder Syriza in Griechenland zählen. Offenbar spielte der Wunsch nach sozialer Absicherung in der kurzen Frist eine wichtige Rolle. Langfristig jedoch konnten populistische und rechtsextreme Parteien dort Stimmenzuwächse verzeichnen, wo die Importzuwächse am stärksten waren. Wähler verloren anscheinend das Vertrauen in den Sozialstaat und suchten Schutz im Protektionismus. Diese Langfristeffekte chinesischer Importe in europäische Regionen belegt erstmals eine Studie des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH). Die Untersuchung zeigt auch: In Regionen, die von dem Importschock stark getroffen wurden, erhielten rechte Parteien schon vorher hohe Stimmenanteile.

„Der internationale Wettbewerb hat vielen Menschen mehr Wohlstand gebracht und zugleich die politischen Ränder in Europa gestärkt“, sagt Steffen Müller, Leiter der IWH-Abteilung Strukturwandel und Produktivität, der die Studie zusammen mit Annika Backes verfasst hat. „Aber die Globalisierung ist nicht der Hauptgrund für den allgemeinen Rechtsruck.“ Denn die Auswirkungen des Importschocks sind moderat. Im Durchschnitt brachten die verstärkten chinesischen Einfuhren den rechtsextremen Parteien in Europa ein Stimmenplus von einem Prozentpunkt (das entspricht einem Zuwachs von 16% bei den abgegebenen Stimmen). Populisten gewannen bis zu 1,5 Prozentpunkte (entspricht 12%).

Politikwissenschaftler und Soziologen machen vor allem nichtökonomische Ursachen für den Aufschwung rechter Parteien aus, zum Beispiel Vorbehalte gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen, die als zu progressiv wahrgenommen werden. Diese anderen Faktoren waren nicht Gegenstand der Studie. Es sei demnach fraglich, inwiefern staatliche Hilfen für die vom ökonomischen Strukturwandel betroffenen Regionen langfristig dazu beitragen, populistische und rechtsextreme Parteien in Schach zu halten, sagt Ökonom Müller: „Die Politik sollte wirtschaftliche Härten abfedern, ohne dabei den Strukturwandel auszubremsen. Denn die fortlaufende Erneuerung der Wirtschaft sichert langfristigen Wohlstand.“

ohne Sperrfrist

Pressekontakt  
Rafael Barth  
Tel +49 345 7753 832  
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner  
Prof. Dr. Steffen Müller  
Tel +49 345 7753 708  
steffen.mueller@iwh-halle.de

Politische Ressorts  
Bundesministerium für Wirtschaft  
und Klimaschutz (BMWK), Bundes-  
ministerium der Finanzen (BMF),  
Bundeskanzleramt

Leibniz-Institut für  
Wirtschaftsforschung Halle e. V.  
(IWH)

Tel +49 345 7753 60  
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8  
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61  
D-06017 Halle (Saale)

[www.iwh-halle.de](http://www.iwh-halle.de)

Für die Studie haben Müller und Backes Wahlergebnisse aus 15 europäischen Ländern in den Jahren 1997 bis 2019 ausgewertet. Sie untersuchten, wie sich im Lauf der Zeit die Ergebnisse der nationalen Parlamentswahlen auf regionaler Ebene entwickelten. Sie schätzten die kausalen Auswirkungen chinesischer Importe auf das Wahlverhalten und schlossen dabei Störfaktoren aus. Zum Beispiel betrachteten sie ausschließlich Veränderungen zwischen den Regionen innerhalb eines Landes und innerhalb eines Wahljahres, um andere landes- und zeitspezifische Faktoren auszuschließen, die die Ergebnisse hätten verzerren können, zum Beispiel charismatische Führungspersonen bestimmter Parteien oder Veränderungen im Zustrom von Migranten.

Die Studie ist Teil eines größeren Forschungsvorhabens am IWH. Es läuft seit dem Jahr 2020 unter dem Titel „[Europas populistische Parteien im Aufwind: die dunkle Seite von Globalisierung und technologischem Wandel?](#)“. Dabei leitet das IWH ein internationales und interdisziplinäres Projektteam, das untersucht, inwiefern ökonomische Faktoren die Zustimmung zu populistischer Politik beeinflussen. Zum Projektteam gehören Forschende der Wirtschafts- und Politikwissenschaften der Universitäten von Nottingham (England) und Glasgow (Schottland) sowie des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Tschechischen Akademie der Wissenschaften in Prag. Die VolkswagenStiftung fördert das Vorhaben mit knapp einer Million Euro. Zum Abschluss des Projekts werden die wichtigsten Ergebnisse bei einer öffentlichen Veranstaltung am 3. Juni 2024 in der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina in Halle (Saale) vorgestellt und diskutiert.

#### **Veröffentlichungen:**

*Annika Backes, Steffen Müller:* Import Shocks and Voting Behavior in Europe Revisited, in: European Journal of Political Economy (im Erscheinen).

*Annika Backes, Steffen Müller:* [Import Shocks and Voting Behavior in Europe Revisited](#). IWH Diskussionspapiere 8/2024.

#### **Terminhinweis:**

Montag, 3. Juni 2024, 18:00 Uhr, Leopoldina, Halle (Saale): Europa-Debatte: Europas Populisten im Aufwind: Ökonomische Ursachen und demokratische Herausforderungen, Publikumsveranstaltung zu neuen Forschungsergebnissen mit Prof. Dr. Steffen Müller und weiteren Gästen. Eintritt frei. Details zu Programm und Anmeldung folgen demnächst auf der [IWH-Veranstaltungsseite](#).

---

#### **Wissenschaftlicher Ansprechpartner**

Professor Dr. Steffen Müller  
Tel +49 345 7753 708  
[Steffen.Mueller@iwh-halle.de](mailto:Steffen.Mueller@iwh-halle.de)

#### **Pressekontakt**

Rafael Barth  
Tel +49 345 7753 832  
[presse@iwh-halle.de](mailto:presse@iwh-halle.de)

 Das IWH auf [X \(Twitter\)](#)

 Das IWH auf [LinkedIn](#)

 Das IWH auf [Facebook](#)

Die [IWH-Expertenliste](#) bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die [Pressestelle des IWH](#).

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 97 eigenständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter [www.leibniz-gemeinschaft.de](http://www.leibniz-gemeinschaft.de).